

16:22

Bundestagsabgeordnete gönnen sich Gehaltserhöhung von über 10%

11. Februar (Bloomberg) — Die Abgeordneten von Union und SPD wollen ihre Bezüge bis 2016 von derzeit 8252 Euro auf monatlich 9082 Euro ansteigen lassen. Danach sollen ihre Diäten an die... *Von Arne Delfs*

11. Februar (Bloomberg) — Die Abgeordneten von Union und SPD wollen ihre Bezüge bis 2016 von derzeit 8252 Euro auf monatlich 9082 Euro ansteigen lassen. Danach sollen ihre Diäten an die Gehaltsentwicklung von Bundesrichtern angepasst werden. Das geht aus einem gemeinsamen Gesetzentwurf von Union und SPD hervor, der diese Woche in den Bundestag eingebracht wird. Mit dieser Regelung sei sichergestellt, dass Abgeordnete "nicht besser und nicht schlechter gestellt werden als die Beschäftigten auch außerhalb des Parlamentes", sagte der Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Michael Grosse-Brömer, am Dienstag in Berlin.

Mit einem weiteren Gesetzentwurf will die Große Koalition die Regelung zur Abgeordneten-Bestechung verschärfen. Damit sollen künftig auch korruptive Verhaltensweisen von und gegenüber Abgeordneten strafbar sein. Bislang machte sich ein Parlamentarier nur dann strafbar, wenn er seine Stimme bei einer konkreten Abstimmung nachweislich gegen Geld oder eine geldwerte Leistung verkauft hatte. Bisher sei allein das "Verhalten des Abgeordneten im Plenarsaal" strafbar gewesen und "nicht außerhalb", sagte Grosse-Brömer. Dies solle der jetzt vorgelegte Gesetzentwurf ändern, der ebenfalls diese Woche in den Bundestag eingebracht werden soll.

Auf heftige Kritik stieß das Vorhaben der Großen Koalition bei der Nichtregierungsorganisation abgeordnetenwatch.de. Deren Geschäftsführer Gregor Hackmack sieht einen direkten Zusammenhang zwischen beiden Gesetzesentwürfen: "Die Abgeordneten lassen sich ihre Zustimmung für ein Gesetz gegen Abgeordnetenbestechung mit einer saftigen Diätenerhöhung teuer abkaufen". Dies sei ein "Kuhhandel auf Kosten der Steuerzahler", kritisierte Hackmack.

Die Nichtregierungsorganisation Lobbycontrol begrüßte, dass mit der Neuregelung zur Abgeordnetenbestechung erstmals seit 2003 die Chance bestehe, "dass Deutschland die UN-Konvention gegen Korruption umsetzen kann". Zugleich kritisierte Timo Lange von Lobbycontrol, "dass Bestechungsversuche weiterhin ungestraft bleiben". Bei Beamten und ausländischen Abgeordneten sei bereits der Versuch strafbar, sagte Lange. Dies müsse endlich auch für Bundestagsabgeordnete gelten.

Bloomberg